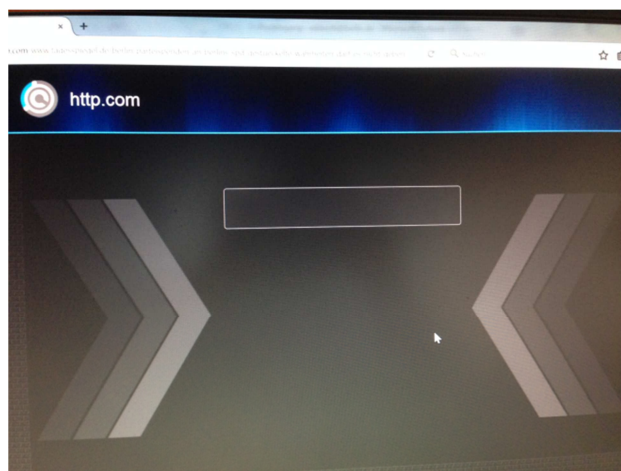


Wie man eine Sache am Köcheln hält

Der Tagesspiegel gibt nicht auf. Immer wieder nimmt er in seinem Newsletter Bezug auf „seltsame Stückelspenden“ von „Baukrösus Klaus Groth“, die sich in der „SPD häufen“. Klickt man jedoch auf die Verlinkung, um mehr zum Thema zu erfahren, erscheint dieses Bild auf dem Monitor.



Kein Hinweis darauf, dass zwei der drei Spenden unterhalb der Veröffentlichungspflicht von 10.000 Euro, vom SPD Landesverband an Groth zurücküberwiesen wurden, während die CDU von ihren vier Spenden offenbar alle behalten hat. Der Hinweis auf die Spenden von Groth an die CDU verbietet sich für den Tagesspiegel natürlich, weil die CDU erklärt hat, dass sie aus datenschutzrechtlichen Gründen nichts zu den Spenden sagt. Bei so einer klaren Aussage erübrigt sich natürlich für den Tagesspiegel das Nachhaken. Ich möchte nicht wissen, was das Blatt berichtet hätte, wenn sich die SPD mit gleicher Argumentation aus der Sache herausmogeln wollte.

In einem anderen Fall hat Reinickendorfs SPD-Chef Jörg Stroedter versucht, die Auskunft mit dem Hinweis auf eine „innerparteiliche Angelegenheit“ zu verweigern. Das hat Der Tagesspiegel nicht akzeptiert. Dazu später mehr.

Auszug aus dem Tagesspiegel-Newsletter vom 3. Juni 2016: „Zur Sache, Schatzmeisterin! In der SPD häufen sich nicht nur die **seltsamen Stückelspenden** von Baukrösus Klaus Groth, sondern auch die Rückzieher von Schatzmeisterinnen. Nachdem schon **Landeskassenfrau Ulrike Sommer ver-**

grault wurde, weil sie angeblich zu wenig Geld einsammelte (und dabei offenbar Spenden nicht so verhackstückten wollte, dass sie knapp unter die Transparenzgrenze fallen), **gibt nun auch Reinickendorfs Kassiererin Carmen Regin auf.**“

Das ist mal wieder die inzwischen übliche Tagesspiegel-Rhetorik. Die Trauerarbeit für Ex-Schatzmeisterin Ulrike Sommer ist beim Tagesspiegel geradezu grenzenlos. Man könnte es ja einfach mal mit Fakten und der Wahrheit versuchen. Tatsache ist, dass die Amtszeit von Ulrike Sommer als Schatzmeisterin, wie die des gesamten Parteivorstands, endete. Damit waren alle automatisch ihren Job los, es sei denn, man wird wiedergewählt. Jan Stöß, Ulrike Sommer und Fritz Felgentreu haben nicht wieder kandidiert. Neu in den Geschäftsführenden Landesvorstand wurden als Vorsitzender Michael Müller, als einer von vier Stellvertretern Andreas Geisel (die anderen drei Stellvertreter Barbara Loth, Mark Rackles und Iris Spranger wurden wiedergewählt) und als Schatzmeisterin Angelika Schöttler gewählt. Das sind die Fakten.

In Reinickendorf ist also die dortige Schatzmeisterin Carmen Regin zurückgetreten. Auszug auf dem Tagesspiegel-Newsletter vom 3. Juni 2016: „Nach Tagesspiegel-Informationen (recherchiert von Ulrich Zawatka-Gerlach) wollte Kreischef Jörg Stroedter sie dazu nötigen, allen SPD-Kandidaten in Reinickendorf **jeweils 2500 Euro für die Wahlkampfkasse abzupressen**. Das habe Regin verweigert, trotz **teilweise mobbingähnlicher Anrufe** Stroedters, wie es in Parteikreisen heißt. Nun wirft sie hin, und Stroedter muss künftig nachts woanders anrufen. Kein Anschluss nach dieser Nummer.“

Die offenbar menschlichen Verwerfungen in der Reinickendorfer SPD interessieren uns wenig. In einem Brief an ihre Vorstandsmitglieder und die Parteizentrale im Wedding, schrieb Frau Regin: „Ich weiß, dass dadurch mitten im Wahlkampfjahr eine schwierige Situation entsteht, aber ein völlig zerstörtes Vertrauensverhältnis zum Kreisvorsitzenden der SPD Reinickendorf macht mir eine weitere Zusammenarbeit unmöglich.“ Nicht erwähnt werden muss, weil ersichtlich: Der Brief von Frau Regin wurde natürlich brühwarm dem Tagesspiegel zugesandt, der gern über Streit in allen möglichen Klimbim-Familien berichtet.

Ein Hinweis im Tagesspiegel-Newsletter auf einen ausführlichen Bericht bei Tagesspiegel-Online und vermutlich auch in der Druckausgabe, hat mich allerdings zusammenzucken lassen: (recherchiert

von Ulrich Zawatka-Gerlach). Da schrillen bei mir als Betroffenen von Zawatka-Gerlachs Recherchekünsten alle Alarmglocken. Der Redakteur hat mehrfach bewiesen, dass er Probleme mit exakten Ortsangaben von Ereignissen hat, und von ihm in die Welt gesetzte Zahlen auch nicht immer den genauen entsprechen. Also Vorsicht.

Abgesehen von tatsächlichen oder nur behaupteten Umgangsformen verdient ein anderer Punkt viel größere Aufmerksamkeit, nämlich die Abgabe von aktiven und künftigen Mandatsträgern der Parteien. Hier sollte einmal jemand, der von Recherche etwas versteht, nachfragen. Es gibt doch diesen Verbund aus Süddeutscher Zeitung, NDR, WDR etc. Das wäre doch mal eine Geschichte.

Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, als zu Beginn von Parteiversammlungen in Wort und Schrift mitgeteilt wurde, wer wie viel Beitrag bezahlt hat. Das war oft eine peinliche Nummer für säumige Zahler. Nur wer „beitragsehrlich“ war, durfte mitstimmen. Vermutlich ist wegen des Datenschutzes dieses Verfahren eingestellt worden.

Es geht aber nicht um Mitgliedsbeiträge, sondern um Abgaben der Mandatsträger an ihre jeweiligen Parteien. Und das ist teilweise heftig. Ob Bezirksverordneter, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister oder Minister, die Partei erwartet eine großzügige Spende. Und zwar regelmäßig, monatlich, während der gesamten Legislaturperiode.

In Wahlkampfzeiten erwarten die Parteien von allen Kandidaten, die gern ein Mandat erringen möchten, dass sie schon mal vorab Geld in die Parteikassen einzahlen. Irgendwie muss ja der Wahlkampf finanziert werden. In jeder Partei meckert jeder darüber, aber zahlt fleißig ein. Ein Jahrzehntelanger Brauch in allen Parteien.

In Reinickendorf sollte jeder Wahlkreisabgeordnete 2.500 Euro in die Kasse legen. Na und? Offenbar bestand dazu keine freiwillige Bereitschaft. Stroedter wird von seiner Exkassiererin nach Angaben des Tagesspiegels vorgeworfen, dass die Art und Weise, wie Druck ausgeübt wurde, nicht hinnehmbar sei. Angaben darüber, wie dieser Druck aussah, wurden nicht gemacht. Warum die Reinickendorfer Wahlkreiskandidaten nicht einfach ihre steuerlich absetzbare Spende leisteten, sondern daraus ein Eklat entstand, der dem Tagesspiegel mal wieder Futter lieferte, um die SPD zu diskreditieren, ist nicht bekannt.

Ed Koch